

ACH WIE GUT DASS NIEMAND WEISS ...

Märchen sind schön. Sie erzählen von den Guten und den Bösen, und es ist immer klar, wer wo hin gehört. Märchen werden dann zum Problem, wenn sie für bare Münze genommen werden, wenn vergessen wird, dass sie nichts mit der Realität zu tun haben. Ein chronischer Fall in dieser Hinsicht ist das Märchen von der CDU, die so gut mit dem Geld umgehen könne. Sie erzählt das Märchen so oft, dass sie es bald selbst glaubt und dabei vergisst, dass sich ihre vermeintlichen, märchenhaften Fähigkeiten geradezu ins Gegenteil verkehren, sobald man die Fakten genauer betrachtet. Dann wird klar, dass Schwarz-Gelb das Geld der Steuerzahler geradezu in Frau

Holle-Manier aus dem Fenster wirft, um gute Freunde zu verbeamen und mit schönen Posten zu versorgen – und sie lebten glücklich bis an ihre Lebensende!

IMMER MEHR SCHULDEN

Die Neuverschuldung steigt derweil in immer neue Höhen. Die schwarz-gelbe Landesregierung nahm 2012 mit über 1,5 Milliarden Euro sogar noch mehr neue Schulden auf als 2011. Finanzminister Schäfer musste zu Bilanztricks greifen und Rücklagen auflösen um zu kaschieren wie schlecht, die Entwicklung in Hessen aussieht. Im Gegensatz zu Hessen konnten nahezu alle anderen Bundesländer ihre Haus-

haltspläne einhalten, Neuverschuldung abbauen oder sogar das Haushaltsjahr mit einem Plus abschließen. Unter Schwarz-Gelb in Hessen bleibt die Situation dagegen unverändert bzw. wird sogar noch schlimmer: Die angeblich fiskalpolitisch so begabten, CDU-geführten Landesregierungen, haben die Schulden Hessens verdoppelt.

Die Landesregierung aus CDU und FDP ist genauso verbraucht wie das Märchen von ihrem guten Umgang mit dem Geld. Nur ein Regierungswechsel wird ein Umsteuern und das Einhalten der Schuldenbremse ab 2020 ermöglichen.

JETZT SCHLÄGT'S '13 - NEUJAHRSEMPFANG 2013



Fotos Till Haupt



ZU NAH, UM SCHÖN ZU SEIN? Tourismuspolitik für Hessens Regionen

Zwölf Milliarden Euro werden in Hessen Schätzungen zufolge durch Tourismus jährlich umgesetzt. Es fehlen jedoch weiterhin innovative Ideen der Landespolitik über eine geeignete Tourismusstrategie, wie es sie in Bundesländern mit GRÜNEN Ministerinnen und Ministern gibt. Mit unserem Tourismuskonzept wollen wir zeigen, wie GRÜNE Tourismuspolitik den Städten und Regionen Hessens neue Chancen eröffnen kann. Wir wollen die Rahmenbedingungen verändern, so dass Hessen den seit Jahren wachsenden Trend hin zu sanftem Tourismus besser gestalten kann.

REGIONALE STÄRKEN STÄRKEN

Wir setzen auf die Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten und die Besonderheiten einer Region. Viele ländliche Regionen bieten eine intakte Umwelt und naturnahe Landschaften, die sie für den Tourismus attraktiv machen. Auch die dort lebenden Menschen profitieren von attraktiven Freizeit- und Kulturangeboten und der Qualität der Gastronomie. Tourismus kann so wichtige Potenziale wecken und stärken und einer Region als Ganzes zu Gute kommen.

Ein weiteres Ziel ist es Anreize zu schaffen, damit sich regionale touristische Ziele zu Verbänden zusammenschließen, die sowohl stadt-, als auch kreis- und landesgrenzenübergreifend operieren. Dies wird teilweise schon erfolgreich praktiziert.

Wir wollen die Tourismusförderung aus der HessenAgentur lösen, wo sie

bisher nur ein Schattendasein führt. Sie soll künftig enger mit den regionalen und überregionalen Tourismusförderern wie dem Hessischen Tourismusverband, aber auch der Ge-



Hessen hat alles. Aber es fehlt ein Konzept.

sundheitswirtschaft verzahnt werden. So können Kooperationen geschaffen werden, wie etwa zwischen Gesundheitsstandorten und Institutionen wie dem Deutschen Wanderinstitut in Marburg.

INVESTITIONSTAU AUFLÖSEN

Bei der klein- und mittelständisch geprägten Gastronomie gibt es einen Investitionsstau, der die Entwicklung des Tourismus einschränkt. Diesen Stau wollen wir mit einem Kreditprogramm des Landes helfen aufzulösen. Zinsgünstige Förderkredite, verbunden mit einer obligatorischen Betriebsanalyse, sollen das weit verbreitete Problem der niedrigen Eigenkapitalquote lösen.

NATUR SCHÜTZT TOURISMUS

Der Tourismus ist wie kaum eine andere Branche der Wirtschaft auf eine intakte Umwelt angewiesen. Deshalb scheint es uns als selbstverständlich,

KONZEPTE FÜR HESSEN:
MIT GRÜN GEHT'S BESSER

dass wir einen sanften Tourismus brauchen. Sanfter Tourismus heißt, die Bedürfnisse von Gästen und heimischer Bevölkerung mit dem Schutz der natürlichen Ressourcen und kulturellen Einrichtungen zu verbinden. Reisende sollen erkennen, wann sie nachhaltig - also ökologisch, ökonomisch und sozialverträglich - reisen. Dazu wollen wir Transparenz in das Label-Dickicht im Tourismusbereich bringen, um nachhaltige Dienstleistungen auszuzeichnen, ohne dabei grundsätzlich die Label-Vielfalt in Frage zu stellen. Entscheidend ist, dass die Vergabekriterien und die Kontrolle der Kennzeichen verständlich

sind.

Wir wollen einen möglichst emissionsarmen und ressourcenschonenden Tourismus, der in Sachen Energieeffizienz und erneuerbaren Energien international Vorreiter ist. Mit einfachen Mitteln sind hier große Erfolge zu erzielen. Deshalb wollen wir die touristischen Betriebe in eine klare einheitliche Strategie für Effizienz und die Umstellung auf erneuerbare Energien aktiv mit einbeziehen.

TOURISMUS OHNE BARRIEREN

In einer alternden Gesellschaft wird es immer wichtiger, dass es keine Barrieren gibt. Das wollen wir zu einem Qualitätsmerkmal des hessischen Tourismus machen.

Das gesamte Konzept gibt es unter:

<http://gruenlink.de/fjx>



DIGITALES HESSEN

Netzpolitik ist Zukunftspolitik

Der digitale Wandel verändert Hessen zunehmend. Die Landespolitik muss diese Entwicklung so gestalten, dass Menschen und Unternehmen gleichermaßen davon profitieren. Als erste Landtagsfraktion haben wir deshalb ein Netzkonzept vorgelegt, in dem wir konkrete Handlungsvorschläge erarbeitet haben, um optimale Voraussetzungen für eine Etablierung der digitalen Netze zu schaffen und zugleich die Rechte der Nutzer zu stärken.

BREITBANDAUSBAU

Der Zugang zu schnellem und freiem Internet ist von zentraler Bedeutung für die moderne Informationsgesellschaft. Der Netzzugang ermöglicht den Bürgerinnen und Bürgern im alltäglichen Leben Beteiligungs-, Informations- und Konsummöglichkeiten. Unternehmen siedeln sich an, wo ein guter Netzanschluss gewährleistet ist. Wir GRÜNE wollen schnelles Internet in jedem Ort. Der Infrastruktur-Ausbau ist gerade in ländlichen Regionen allerdings aufwendig und teuer. Die Aufgabe des Landes muss es daher sein, Kommunen und Landkreise im ländlichen Raum zu befähigen und den Ausbau von Breitbandnetzen aus eigener Kraft voranzutreiben. Wo dies nicht möglich ist, muss das Land Fördermittel bereit stellen.

GREEN IT

„Green-IT“ bezeichnet die Optimierung des Ressourcenverbrauchs durch den Einsatz von Prozessen der Informations- und Kommunikationstechnologie mit dem Ziel einer ressourcenschonenden Wirtschaft. Die IT-Branche ermöglicht intelligenten

Ressourcenverbrauch. Solche innovativen Konzepte sollen in Hessen gezielt gefördert werden. Nicht nur weil sie dabei helfen die Umwelt zu schützen, sondern weil sie darüber hinaus wirtschaftlich vernünftig sind und Arbeitsplätze schaffen. Hessen soll mit gutem Beispiel vorangehen und nur noch Geräte anschaffen, die den höchsten Energieeffizienzstandards entsprechen.

PERSÖNLICHE SICHERHEIT IM NETZ

Durch eine konsequente Datenschutzpolitik wollen wir sicherstellen, dass die informationelle Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger höchsten Stellenwert und Vorrang, gegenüber den Vermarktungsinteressen der Unternehmen, genießt. Die Verträge von Anbietern, die das Internet zum



Breitbandausbau: Der ländliche Raum darf nicht abgehängt werden.

Vertrieb ihrer Produkte und Dienstleistungen nutzen, müssen transparent gestaltet werden und zu datenschutzrelevanten Punkten die bewusste Zustimmung des Kunden erfordern. Wir wollen, dass datenschutzfreundliche Voreinstellungen bei Internetangeboten und -programmen zur Regel werden. Es dürfen wirklich nur die Daten

KONZEPTE FÜR HESSEN:
MIT GRÜN GEHT'S BESSER

erhoben werden, die unbedingt benötigt und dezidiert frei gegeben werden.

RECHT AUF VERGESSEN WERDEN

Außerdem wollen wir uns für ein „Recht auf Vergessen werden“ einsetzen. Es soll sichergestellt werden, dass das Löschen von Accounts, Abos oder sonstigen Mediendiensten auf Wunsch oder bei Kündigung unverzüglich, komplett und endgültig mit allen in dem Zusammenhang erhobene Daten erfolgt.

OPEN GOVERNMENT

Informationstechnik kann dazu beitragen, dass Verwaltungs- und Regierungshandeln transparenter und wirkungsvoller werden und die Bürgernähe durch konstruktive Beteiligung gestärkt wird. Wir wollen daher endlich ein Informationsfreiheitsgesetz für Hessen, wie es im Bund bereits seit 2006 existiert. Des Weiteren wollen wir durch die Möglichkeit der elektronischen Petition Hürden abbauen und die Eingabe für Petenten vereinfachen. Hessen hinkt in diesem Bereich den anderen Bundesländern hinterher und muss in Zukunft nachholen, was andernorts schon längst Gang und Gäbe ist. Hier zeigt sich besonders deutlich das Misstrauen der schwarz-gelben Landesregierung gegenüber der Bevölkerung. Dadurch werden Hessen die Chancen versagt, die es durch eine konstruktive Beteiligung seiner Bürgerinnen und Bürger zum Vorteil aller nutzen könnte.

Das gesamte Konzept gibt es unter:
<http://gruenlink.de/gbj>



UMWELTSCHUTZ IN HESSEN

Die Herausforderung des 21. Jahrhunderts

Im weltweiten Vergleich nimmt Deutschland dank der Umweltschutzbewegung und uns GRÜNEN eine Vorreiterrolle beim Kampf gegen den Klimawandel und für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen ein. Aber es gibt in diesem Kernbereich GRÜNER Politik weiterhin sehr viel zu tun. In unserem Umweltschutzkonzept legen wir dar, wie wir in Hessen sauberes Wasser, gesunde Luft, intakte Böden, eine vielfältige Pflanzen- und Tierwelt und unsere Wälder schützen und bewahren wollen. Neben dem umweltpolitischen Mega-Thema Energiewende dürfen die Herausforderungen und Gefahren, die vom Feinstaub, Stickstoffdioxid und anderen Giften für Mensch und Umwelt ausgehen nicht übersehen werden.

NACHHALTIGE WASSERNUTZUNG

Die nachhaltige Nutzung unserer lebenswichtigen Ressource Wasser muss ein zentrales Ziel GRÜNER Umweltpolitik sein. Deshalb wollen wir nach dem Vorbild von 13 Bundesländern einen Wassercent einführen, der auf die Entnahme von Grundwasser und von Wasser aus oberirdischen Gewässern erhoben wird und dem Umwelt- und Klimaschutz unmittelbar zugutekommt.

Außerdem wollen wir die Konflikte mit der Landwirtschaft um die Renaturierung von Gewässerrandstreifen beilegen und mit dem Unternehmen Kali & Salz nach einer umweltverträglichen Abwasserlösung suchen, damit Werra und Weser ab 2020 wieder Süßwasserflüsse sind.

Unser Trinkwasser wird aber auch bedroht durch neue Erdgasförderungs-

methoden wie das „Fracking“. Hier fordern wir GRÜNEN nachdrücklich ein bundesweites Moratorium. Trinkwasser- und Gewässerschutz haben eindeutigen Vorrang gegenüber der Erschließung unkonventioneller Erdgaslagerstätten.



Dringender Optimierungsbedarf besteht auch bei den Abwassersystemen. Diese müssen energetisch optimiert und dem demografischen Wandel entsprechend angepasst werden. Hier darf aus unserer Sicht die Lösung des Problems nicht in einer Rückkehr in die Kultur des Verschwendens bestehen, sondern muss auf den schrittweisen Umbau der wasserwirtschaftlichen Anlagen abzielen.

GESUNDE LUFT - DURCHATMEN IN HESSEN!?

Wir sehen Umweltzonen als ein geeignetes und sanftes Mittel, um gefährliche Feinstaub- und Stickstoffdioxidbelastungen in unseren Städten zu vermeiden. Deshalb wollen wir die Blockade in Hessen endlich auflösen und unterstützen die Einführung von Umweltzonen, die sich auch über mehrere Städte erstrecken können. Durch ein Tempolimit auf hessischen Autobahnen wollen wir den Ausstoß gefährlicher Abgase weiter

**KONZEPTE FÜR HESSEN:
MIT GRÜN GEHT'S BESSER**

reduzieren. Insgesamt sollen diese Maßnahmen in eine ganzheitliche Verkehrswende münden, die auf Verkehrsvermeidung, -verlagerung und -verbesserung fußt.

BODENSCHUTZ IN HESSEN

Dass Wasser und Strom gespart werden müssen, muss man heute niemandem mehr erklären. Dass aber auch unser Boden als Nahrungsmittelproduzent, Trinkwasserfilter und Kohlenstoffspeicher geschützt werden muss, ist bislang den Wenigsten bewusst. Wir wollen den Bodenschutz populär machen, ein Flächenressourcenmanagement einführen und eine Grundrechtsnovelle vorantreiben, die zu mehr Gerechtigkeit und einer besseren Flächennutzung beiträgt.

RESSOURCENEFFIZIENZ

Die Ressourceneffizienz muss genau wie bei Bauen und Wohnen auch in den Bereichen Ernährung und Mobilität gesteigert werden. Als wirtschaftsstarkes Bundesland müsste Hessen bundesweit zu den Vorreitern bei der Ressourceneffizienz gehören. Deshalb wollen wir nach dem Vorbild Nordrhein-Westfalens eine Effizienzagentur einrichten, die Bundes- und Landesaktivitäten koordiniert und Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft vernetzt.

Neben Fördermaßnahmen soll es auch gezielte Abgaben, wie die Förderabgabe beim Abbau von heimischen Massenrohstoffen der Bauindustrie geben.

**Das gesamte Konzept gibt es unter:
<http://gruenlink.de/gbk>**



BOUFFIERS VERSTECKSPIEL AUF KOSTEN DES STAATES? GRÜNER Gesetzentwurf zur Einsparung der Kosten des Doppellandtags

Die schwarz-gelbe Landesregierung will sich im Schatten von Angela Merks Beliebtheitswerten die Wiederwahl erschleichen. Einem alleinigen Landtagswahlkampf, der ihre klägliche Bilanz in ein unangenehm grelles Licht tauchen würde, will sie sich nicht stellen. Deshalb hat sie entschieden, dass die hessische Landtagswahl zeitgleich mit der Bundestagswahl am 22. September stattfinden wird. Die offizielle Begründung für dieses durchsichtige taktische Manöver lautet, dass man durch den gemeinsamen Wahltermin Kosten reduzieren wolle.

Bei genauerem Hinsehen wird aber klar, dass durch diesen frühen Wahltermin beträchtliche Mehrkosten entstehen könnten, die sämtliche Er-

sparnisse auffressen würden. Bislang erhalten die gewählten Abgeordneten ihre Bezüge nämlich ab der Landtagswahl. Da der Termin der Wahl nun aber vier Monate vor dem Ende der Legislaturperiode liegt, wäre nach der Wahl neben dem amtierenden auch noch der gewählte neue Landtag zu finanzieren.

Da dies in Zeiten knapper Kassen ein absolut untragbarer Zustand wäre, haben wir GRÜNE einen Gesetzentwurf im Landtag vorgelegt mit dem die neu gewählten Abgeordneten erst 30 Tage vor Beginn der neuen Legislaturperiode Diäten und weitere Leistungen erhalten sollen. Wir sehen es als vollkommen ausreichend an, wenn die neuen Abgeordneten einen

Monat vor dem tatsächlichen Beginn ihrer Parlamentsarbeit ihre Bezüge erhalten, um sich angemessen auf ihre Aufgabe vorzubereiten. Außerdem sieht der Gesetzesentwurf vor, dass die neu gewählten Abgeordneten ab der Feststellung des Wahlergebnisses Anspruch auf unbezahlten Urlaub haben sollen.

Nach Berechnungen des Bundes der Steuerzahler könnte durch eine solche Begrenzung der Leistungen ein Betrag von rund einer Million Euro eingespart werden. Für uns ist ganz klar, dass die hessischen Steuerzahler nicht für wahltaktische Manöver von Herrn Bouffier zur Kasse gebeten werden dürfen.



**VERSTECKEN BRINGT NICHTS, VOLKER.
HESSEN WÄHLT DEN WECHSEL!**

www.gruene-hessen.de





HESSEN IN ARBEIT UND AUSBILDUNG

Neue Wege für eine aktive Arbeitsmarktpolitik

Trotz guter Konjunktur haben Geringqualifizierte, Langzeitarbeitslose, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen schlechte Chancen auf dem hessischen Arbeitsmarkt. Zum Jahresende 2012 waren rund 175.000 Menschen in Hessen arbeitslos gemeldet. Mit einer Arbeitslosenquote von 5,5% lag Hessen zwar leicht unter dem westdeutschen Durchschnitt, aber deutlich über der bayerischen, baden-württembergischen und rheinland-pfälzischen Quote.

Gleichzeitig fehlen in Hessen laut IHK-Fachmonitor rund 150.000 Fachkräfte obwohl viele Menschen Qualifikationen besitzen, die den gesuchten nahe kommen oder über im Ausland erworbene Qualifikationen verfügen, die bislang nicht anerkannt werden.

In unserem Arbeitsmarktkonzept zeigen wir, wie wir mit einer aktiven Politik einen Arbeitsmarkt mit Zugang für alle Menschen schaffen wollen. Wir zeigen wie wir Perspektiven eröffnen und zu einen Ausgleich zwischen Arbeitskräftepotenzial und -nachfrage beitragen wollen.

SOZIALER ARBEITSMARKT

Hessen braucht einen sozialen Arbeitsmarkt, der langzeitarbeitslosen Menschen eine Perspektive bietet. Anstatt Arbeitslosigkeit wollen wir Arbeit finanzieren indem wir passive Leistungen in Arbeitsentgelte umwandeln. Dazu sollen in einem ersten Schritt Stellen in öffentlichen oder gemeinnützigen Institutionen geschaf-

fen werden. Später soll das Programm dann auf die öffentlich geförderte Beschäftigung in privatwirtschaftlichen Feldern ausgeweitet werden. Wir wollen die Beschäftigung mit Qualifizierungsmaßnahmen und Coaching betreuen, und so für eine Durchlässigkeit des sozialen Arbeitsmarktes in Richtung nicht geförderte Beschäftigungsverhältnisse sorgen.

Auch wollen wir starre Altersgrenzen bei der Förderung abschaffen und mit der nachhaltigen Qualifizierung über 25-jähriger Arbeitsloser den Fachkräftemangel zu bekämpfen. Den erfolgreichen „Frankfurter Weg“ wollen wir zu einem „Hessischen Weg“ ausbauen.

POTENZIALE NUTZEN

Momentan erhalten mehr als 20 000 Jugendliche zwischen 15 und 18 Jahren Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende. Rund 10 000 junge Menschen zwischen 15 und 25 Jahren sind als arbeitslos gemeldet. Ihnen fehlen die nötigen Abschlüsse und Qualifikationen, um eine Chance auf dem Arbeitsmarkt zu haben. Hier müssen wir dringend handeln. Wir wollen verhindern, dass junge Menschen im Förderdschungel verloren gehen oder in unproduktiven Warteschleifen hängen bleiben.

Für diejenigen, die keinen Platz im dualen Ausbildungssystem gefunden haben, soll es künftig zwei Grundtypen von Förderangeboten geben: Erstens die mit öffentlichen Mitteln geförderte vollqualifizierende Berufsausbildung für die, die keinen Ausbildungsvertrag bekommen haben und zweitens ein Ausbildungsvorbereitungsjahr für die, die vor einer Ausbildung noch zusätzlichen Förderbedarf

KONZEPTE FÜR HESSEN:
MIT GRÜN GEHT'S BESSER

haben. Außerdem wollen wir bereits in der Mittelstufe damit beginnen, die Schülerinnen und Schüler beratend zu begleiten. Die vorgeschlagene Neugestaltung des Übergangs muss dabei nicht teurer sein als das alte System mit seinen großen Reibungsverlusten. Wir wollen die unterschiedlichen Fördertöpfe zusammenführen, um die derzeitige Zersplitterung zu überwinden.

ÄLTERE NACHQUALIFIZIEREN

Das Arbeitskraftpotenzial vieler älterer Menschen wird derzeit nicht genutzt. Durch den gezielten Einsatz von Landesmitteln und passgenaue Nachqualifizierungsangebote wollen wir wieder mehr älteren Menschen eine Chance auf dem Arbeitsmarkt geben denn auf ihre Erfahrung werden wir in Zukunft nicht leichtfertig verzichten können.



GERECHT UND INKLUSIV

Arbeitsmarktpolitik muss geschlechtergerecht und inklusiv sein. Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Lohngleichheit sowie mehr Frauen in Führungspositionen sind Kern-Ziele GRÜNER Politik. Menschen mit Behinderungen konnten an den positiven Entwicklungen der letzten Jahre auf dem Arbeitsmarkt kaum teilnehmen. Wir müssen Hemmnisse und Hürden für Menschen mit Behinderungen abbauen und bessere Möglichkeiten zur Einbindung auf dem Arbeitsmarkt finden.

Das gesamte Konzept gibt es unter:
<http://gruenlink.de/gbl>



UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS ZUR EBS-FÖRDERUNG

Gemeinsam mit der SPD haben wir erfolgreich die Einrichtung eines Untersuchungsausschuss zur Förderung der privaten European Business School (EBS) durch das Land Hessen beantragt. Nachdem wir alle erdenklichen parlamentarischen Wege und Mittel ausgeschöpft haben, ist dies die einzige Möglichkeit die undurchsichtige Fördergeschichte endlich aufzuklären. 2009 beschloss die Landesregierung aus CDU und FDP gegen GRÜNE Bedenken die öffentliche Förderung des Ausbaus der EBS zur Universität mit einer juristischen Fakultät, der Law School. Seit dem ranken sich Ungeheimtheiten und Skandale um die 24,7 Millionen Euro-Förderung der EBS und die enge personale Verstrickung zwischen der privat-Uni und schwarzgelben Kreisen. Im März 2010 wurde

die Auszahlung der Fördergelder erstmals vorübergehend gestoppt. Ein GRÜNER Berichts Antrag hatte zu der Einsetzung einer Wirtschaftsprüfung geführt, die die Veruntreuung von öffentlichen Geldern offenlegte.

Im April 2011 wurde der Präsident der EBS Christopher Jahns festgenommen, da er über Scheinrechnungen Gelder veruntreut haben soll. Im August 2012 verließ der von Jahns als „guter Kumpel“ bezeichnete Wirtschaftsminister Rentsch, bis dahin bezeichnenderweise für das Fundraising zuständig, den Stiftungsvorstand. Der Wiesbadener CDU-Oberbürgermeister Helmut Müller schloss sich ihm im November an, kurz bevor der vom Landtag angeforderte Bericht des Landesrechnungshofes die Fehler der Landesregierung und das absehbare

Scheitern der millionenschweren Förderung schonungslos offenlegte: Bei der Bewilligung der Förderung waren Finanzplanung und Bonität nicht geprüft worden, im Sommer droht bei der EBS ein Finanzloch von 3,7 Millionen Euro. Als Reaktion beschimpfte Wissenschaftsministerin Kühne-Hörmann Opposition und Rechnungshof. Da die Landesregierung weiterhin mauert statt zu informieren, sahen wir uns gezwungen, den dritten Untersuchungsausschuss dieser Legislatur zu beantragen. Es muss aufgeklärt werden, wie es zu den Förderzusagen an die EBS kam und wie das Land Geld zurückgefordert hat und zurückfordern wird. Wenn die Wissenschaftsministerin ihrer Informationspflicht nicht nachkommt, müssen wir die Aufklärung eben selbst in die Hand nehmen.

ABSCHLUSSBERICHT ZUR POLIZEICHEFAFFÄRE

Der nun abgeschlossene Untersuchungsausschuss zur Polizeichefaffäre hat die Parteibuchwirtschaft des ehemaligen Innenministers und heutigen Ministerpräsidenten Bouffier eindeutig nachgewiesen. Wenn er an sein eigenes Handeln die selben Maßstäbe anlegen würde, die er sonst angewendet hat, müsste er zurücktreten.

Die Zeugenvernehmungen und Rechtsgutachten haben klar ergeben, dass Bouffier auf Biegen und Brechen seinen persönlichen Favoriten und politischen Freund Hans Langecker zum Präsidenten der Bereitschaftspolizei befördern wollte und einen klaren Rechtsbruch wissentlich in Kauf nahm. Wir haben dies in unserem Minderheitsbericht dokumentiert.

Schon im Herbst 2007 hat der damalige Innenminister Bouffier den Entschluss gefasst, seinen Partei-Spezi



Beste Bedingungen für eine Postenvergabe

auf den Posten zu hieven. Eine handstreichartige Besetzung wurde aber durch die Bewerbung des Zeugen Wolfram Ritter verhindert. Deshalb sah sich das Innenministerium gezwungen, ein formelles Ausschreibungsverfahren durchzuführen. Das Ergebnis dieses Verfahrens führte dann planmäßig zu der Auswahl des Bewerbers Langnecker, wurde aber kurz darauf vom Verwaltungsgerichtshof aufgrund eines schwerwiegenden Auswahlfehlers kassiert.

Gegen den Rat von Fachbeamten entschieden Bouffier und sein damaliger Staatssekretär Boris Rhein daraufhin, die Stelle in einem internen personellen Auswahlverfahren und ohne Ausschreibung zu besetzen. In einer Nacht- und Nebelaktion wurde dann Hans Langecker zum Präsidenten der Bereitschaftspolizei befördert. Der Bewerber Ritter wurde rechtswidrig vor vollendete Tatsachen gestellt.

Während der kompletten Dauer des Untersuchungsausschusses haben sich CDU und FDP mit allen Mitteln gegen eine Aufklärung der Affäre gewehrt. Die Minderheitenrechte in dem Ausschuss wurden in einer Weise missachtet, die uns zwang, vor dem Staatsgerichtshof zu klagen. In seinem Urteil verwies das Gericht Schwarz-Gelb eindeutig in die Schranken.



TAREK ALS CLAUDIA

Wie jedes Jahr gab sich die Polit-Präminenz zur 5. Jahreszeit wieder ein Stell-dich-ein bei der Fastnacht im Hessischen Rundfunk. Auch im Briefkasten von Tarek Al-Wazir fand sich eine Einladung zur Festsitzung, und so musste dringend eine besondere Kostümierung her. Bei diesem Stichwort gibt es nur eine Person, die den GRÜNEN in den Sinn kommt: Claudia Roth. Das Büro der Parteivorsitzenden war sofort angetan von der Idee, Tarek Al-Wazir als Claudia Roth verkleidet, zum Hessischen Rundfunk zu schicken und stellte ein Paket mit original Kleidern zusammen. Mit einer zurechtfrisurierten Perücke und profes-



sionell geschminkt konnte die hessische Claudia Roth dann in große Blumenmuster gewandet, losziehen und für großes Staunen und ungläubige

Blicke im großen Sendesaal des HR sorgen. Bilder des verkleideten Fraktionsvorsitzenden verbreiteten sich in Windeseile im Internet. Besonders in Schwulen- und Lesbenforen stieß die Drag-Ikone Claudia Roth auf große Begeisterung.

Nach dem großen Auftritt ließen sich Teile des Outfits sogar noch für einen guten Zweck verwenden. Perücke und Wimpern wurden gemeinsam mit einem von Claudia Roth und Tarek Al-Wazir signierten Foto über Ebay zugunsten der AIDS-Hilfe Hessen versteigert. Am Ende konnten so 301,- Euro Erlöst werden.

VERWANDLUNG



KURZ NOTIERT

HYGIENEAMPEL

Wir fordern eine Hygieneampel für Hessen, die Verbraucherinnen und Verbrauchern Sicherheit beim Gaststättenbesuch bietet. Wir wollen ein einfaches, transparentes und verbindliches System, das Vertrauen schafft und Qualität belohnt. Die Verbraucherministerkonferenz, deren Vorsitz Hessen dieses Jahr turnusgemäß innehat, hat bereits vor über zwei Jahren die Einführung eines bundesweiten Hygienesiegels beschlossen. Seit dem ist nichts passiert. Verbraucherministerin Puttrich hat sich leider vor den Karren der FDP und besonders Wirtschaftsministers Rentsch spannen lassen und plädiert nun nur noch für eine freiwillige Lösung.

PFLEGENOTSTAND

Wir kritisieren den Stillstand der schwarz-gelben Landesregierung in der Pflegepolitik. Von Seiten der Regierung sind keinerlei Ideen in Sicht, wie der absehbare Pflegenotstand verhindert werden könnte. Ab 2020 wird es aufgrund der älter werdenden geburtenstarken Jahrgänge einen großen Mangel an Fachkräften geben. Dem gilt es dringend mit entsprechenden Maßnahmen zu begegnen.

Wir fordern eine Reform der Kranken- und Altenpflegeausbildung und eine klare Trennlinie des Tätigkeitsfelds der Pflege im Verhältnis zu ärztlichen Aufgaben. Außerdem setzen wir uns ein für eine verpflichtende Fort- und Weiterbildung durch eine hessische Pflegekammer.

IMPRESSUM

Herausgeberin

Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden
Tel.: 0611/350 582

V.i.S.d.P.

Mathias Wagner
Parlamentarischer Geschäftsführer

Redaktion & Layout: Till Haupt, Paul Lassy, Sebastian Wanner

Fotos: Eigene, pixelio.de

Druck: März 2013